

Presseinformation“

Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus

In diesem Jahr begehen die USA den 250. Jahrestag ihrer Unabhängigkeitserklärung. Seit einem Jahr übt Donald Trump seine zweite Amtszeit als US-Präsident aus - mit desaströsen Konsequenzen für die weltpolitische Lage. Unter der Herrschaft des neuen „Königs von Amerika“ drohen selbst die Werte verloren zu gehen, für die sich die AmerikanerInnen im Unabhängigkeitskampf einst einsetzten. Seine vollmundigen Versprechungen Kriege zu beenden, haben den betroffenen Regionen keinen Frieden gebracht. Mehr noch – allein im Jahr 2025 hat der US-Präsident Militärschläge in mindestens sieben verschiedenen Ländern durchführen lassen und die geografisch weitreichendsten militärischen Aktionen innerhalb eines Jahres angeordnet. Aktuell verkündet er nun, sich nicht mehr „allein dem Frieden verpflichtet“ zu fühlen. Der Gebietsanspruch auf Grönland ist nur ein Beispiel für die immer aggressiver werdende US-amerikanische Außenpolitik.

Die Initiative des US-Präsidenten einen „Friedensrat“ zu installieren, stellt einen Gegenentwurf zur UN dar und würde als „Rat der Milliardäre“ unter seiner Herrschaft, das Recht des Stärkeren in den internationalen Beziehungen manifestieren. Gleichzeitig entstünden damit ideale Voraussetzungen, den jetzt schon stattfindenden Prozess des ungeheuerlichen Anwachsens von riesigen Vermögen in den Händen von Wenigen fortzusetzen. Wie die Entwicklungsorganisation Oxfam dieser Tage veröffentlichte, ist das Vermögen der Milliardäre allein im vergangenen Jahr um 16 Prozent gewachsen. Gleichzeitig lebt fast die Hälfte der Menschheit in Armut. Diese „Ära der Milliardärinnen und Milliardäre“ verschärft nicht nur die sozialen Konflikte, sondern erhöht auch die permanente Kriegsgefahr weltweit.

Dem Fortschreiten dieser Entwicklung muss die demokratische Öffentlichkeit entschieden begegnen.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen, sich unserer Mahnwache für Frieden, Abrüstung und Solidarität mit allen unter Kriegen, staatlicher Unterdrückung und sozialer Ausgrenzung leidenden Menschen - gegen imperiale Machtpolitik und die weltweit fortschreitende Rechtsentwicklung, anzuschließen.

Treffpunkt ist Donnerstag, der 22.Januar 2026, um **16.00 Uhr**, auf dem Neunkircher Stummplatz.